

Beschluss der digitalen Landesdelegiertenversammlung des BUND Rheinland-Pfalz am 07.05.2022:

Kriegen und globalen Krisen jetzt wirksam entgegenreten!

Kernforderungen des BUND Rheinland-Pfalz zum Schutz der Menschen, der natürlichen Lebensgrundlagen und des Klimas.

(1) Waffenruhe jetzt!

Kriege stellen aus Sicht des BUND das größte Versagen der Politik dar bei dem Bemühen, die Lebensgrundlagen des Menschen, seiner Umwelt und die der gesamten Fauna und Flora zu schützen. Die Schäden und negativen Folgewirkungen sind riesig und oft nach Jahrzehnten kaum ausgleichbar. Auch der aktuelle Krieg in der Ukraine ist eine ökologische und zugleich inhumane Katastrophe. Die imperialistischen Angriffe gegen die Zivilbevölkerung und die staatliche Souveränität der Ukraine stellt die europäische Friedensordnung und die Demokratie insgesamt infrage. Der Bruch des Völkerrechts und das brutale Vorgehen des russischen Militärs macht uns alle zornig, teils auch ratlos, aber nicht handlungsunfähig. Die in Mitleidenschaft gezogene Bevölkerung hat Anspruch auf sofortige Gewaltfreiheit und Wiederherstellung ihres Selbstbestimmungsrechtes.

Als Teil der demokratischen Zivilgesellschaft hält der BUND Rheinland-Pfalz darum für notwendig:

- Ein entschiedenes Entgegenreten gegen die aggressive Gewalt und die volle solidarische Hilfe für die betroffene Bevölkerung,
- die unverzügliche Einstellung der Kampfhandlungen und, wo immer möglich, die Aufnahme von Verhandlungen über eine friedliche Koexistenz der Völker in Europa in freier Entscheidung,
- den Aufbau eines wirksamen übernationalen Überwachungs- und Sanktionssystems zur Sicherung des Friedens und der Abrüstung, angegliedert an der UNO und weiteren ähnlichen unabhängigen Institutionen,
- die strafgerichtliche Verfolgung des Präsidenten, der Befehlshaber und Mitwirkenden aller Menschenrechtsverletzungen – sie sind vor internationale oder nationale Strafgerichte zu bringen auf der Basis unabhängiger Dokumentationen, des gültigen Völkerrechts und der UN-Menschenrechtserklärung,
- die Wiedergutmachung für die unermesslichen Gewaltdelikte an der Bevölkerung und die angerichteten Schäden an der Infrastruktur und der Umwelt.

(2) Atomgefahren und die globale Klimakrise eindämmen

Derzeit erleben wir die Gleichzeitigkeit und Überlagerung von kriegerischen Konflikten, Pandemien, Klima- und Biodiversitätskrisen. Alle Krisen hängen eng miteinander zusammen. Kriege töten nicht nur Menschen, sie zerstören auch die Natur, vergiften die Umwelt und befeuern durch einen enormen Energieverbrauch die Klimakrise. Hinzu kommt die Gefahr, die von der Atomkraft ausgeht – von Atomwaffen, aber auch von Kraftwerken, wie wir aktuell in der Ukraine sehen. Das Land verfügt über 15 Reaktoren an vier Standorten, dazu das havarierte AKW in Tschernobyl. Die Gefahr einer radioaktiven Verstrahlung großer Landstriche durch einen Angriff ist überdeutlich; die Notwendigkeit, am Ausstieg aus dieser extrem gefährlichen Technologie festzuhalten, ebenso. Wirtschafts- und Machtsysteme, die auf Ausbeutung, Unterdrückung und Gewalt gegen Schwächere ausgerichtet sind, sind nicht nur inhuman, sondern stellen die Existenz einer bewohnbaren Erde insgesamt infrage. Dies zeigt sich besonders gefährlich bei der globalen Klimakrise. Wie

der jüngste Bericht des IPCC („Weltklimarates“) belegt, wird das völkerrechtlich verbindliche Paris-Abkommen eklatant missachtet. Das Überschreiten irreversibler Kippunkte und eine folgenschwere globale Erderwärmung von über 3 Grad sind bald zu befürchten, wenn nicht sofort deutliche und wirksame Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Der Krieg verschärft die Klimakrise zusätzlich. Statt Klimagase einzusparen, werden Unmengen an Energie und Material verbraucht. Auch der später notwendige Wiederaufbau wird einen hohen Einsatz an Energie und Ressourcen benötigen. Der Klimaschutz wird somit von den russischen Truppen und den Kriegen der Welt niedergetrampelt. Doch noch haben wir eine Chance, die Klimakatastrophe zu verhindern. Hierfür muss überall und auf allen politischen Ebenen entschlossen gehandelt werden. Wir müssen in Deutschland, in Rheinland-Pfalz, in unserem Dorf, unserer Stadt handeln und all unsere möglichen Beiträge leisten.

Zur Abwendung der globalen Klima-, Energie- und Rohstoffkrise hält der BUND Rheinland-Pfalz für notwendig:

- Den Ausstieg aus der Atomenergie überall fortsetzen! In Deutschland und schrittweise in ganz Europa sind alle Atomanlagen – auch Fabriken zur Herstellung atomarer Brennstoffe – durch eine nachhaltige Energieerzeugung zu ersetzen. Stillgelegte Atomanlagen sind unter international überwachter Kontrolle bestmöglich zu sichern; denn sie sind ein permanentes potenzielles Angriffsziel bei Kriegen und Terroranschlägen.
- Eine weltweite atomare Abrüstungsinitiative! Rheinland-Pfalz darf nicht länger Standort und logistische Drehscheibe von Atomraketen bleiben; denn bei einer etwaigen Havarie ist unser Lebensraum auf lange Zeit verstrahlt.
- Energiesparen und Energieeffizienz endlich ernst nehmen und anpacken! Die Erreichung der Klimaziele ist nur möglich durch eine deutliche Reduzierung des Energieverbrauchs. Auch Rheinland-Pfalz und seine Kommunen haben hier einen hohen Handlungsbedarf.
- Erneuerbare Energien zügig und dezentral ausbauen! Windkraft und Solar müssen dabei das Rückgrat der Versorgung sein. Bürgerenergieanlagen und windhöfliche Standorte müssen Vorrang haben, Genehmigungsverfahren müssen standardisiert und beschleunigt werden.
- Die Verkehrswende im Land und in den Kommunen voranbringen! Zu einer echten ökosozialen Wende bei der Mobilität gehören ein Tempolimit, der Abbau umweltschädlicher Subventionen und ein Moratorium bei großen Straßenbauten bis zu einer Neuverabschiedung des Bundesfernstraßenplans. Der ÖPNV und die Schienenwege müssen attraktiver werden.

(3) Globale Biodiversitätskrise

In der Überzeugung, dass unsere Erde reich, vielfältig und grundsätzlich in der Lage ist, alle Menschen und Lebewesen zu ernähren und friedlich zu beherbergen, aber zugleich sehr verletzlich und ein begrenztes System ist, müssen unsere natürlichen Lebensgrundlagen sowie das friedliche und gemeinwohlorientierte Zusammenleben geschützt und entwickelt werden. Aus vergangenen Kriegen haben wir aber erfahren müssen, dass Flächen, Böden und Gewässer über Generationen mit Giftstoffen belastet und nicht mehr als Lebensräume oder für die Ernährung genutzt werden können. Konflikte drohen größer zu werden. Alle Kriege müssen darum unbedingt vermieden bzw. beendet werden, sowohl aus humanitären als auch aus ökologischen Gründen. Naturschutz ist auch Friedensschutz.

Vor diesem Hintergrund hält der BUND Rheinland-Pfalz für notwendig:

- Ökologisierung der Landwirtschaft konsequent verfolgen! Die Ausbringung von Stickstoffdünger und Pestiziden muss deutlich gesenkt werden. Die Strukturvielfalt in der Kulturlandschaft muss wieder erhöht werden. Ökologische Vorrangflächen müssen ausgeweitet werden. Es müssen genügend Finanzmittel bereitgestellt werden, um Landwirt*innen zu beraten und für ihre erbrachten Biodiversitäts-Leistungen angemessen zu honorieren.
- Tierhaltung auf ein verträgliches Maß reduzieren! Die Tierhaltung muss deutlich reduziert und extensiviert werden. Dies ermöglicht eine tiergerechtere Haltung und reduziert die anfallende Gülle. Es

senkt den Futtermittelverbrauch und stellt so Flächen für den Anbau von Getreide als Nahrungsmittel zur Verfügung.

- Weltbevölkerung solidarisch mit Nahrungsmitteln versorgen! Die Verknappung von Getreide darf nicht dazu führen, dass die reichen Länder den Vorrat aufkaufen. Im Gegenteil, die Mittel für das World Food Programme müssen schnell erhöht werden um humanitäre Krisen zu verhindern.
- Wasser als Lebensgrundlage schützen! Alle Menschen müssen einen Zugang zu sauberem und bezahlbarem Trinkwasser haben, wie auch von der UNO gefordert (SDG 6). Programme gegen Wasserverschwendung oder -verschmutzung müssen Vorrang bekommen.
- Gesunde, natürliche und klimagerechte Ernährung wertschätzen! Dies muss auch bei uns in allen Bildungsangeboten, Ganztagsbetreuungen und Kantinen eine besondere Priorität bekommen.